

Budgetdebatte geht in die Verlängerung

KANTONSRAT Trotz zweitägiger Debatte hat der Kanton Luzern für 2016 noch kein gesetzeskonformes Budget. Noch müssen gut 4 Mio. Franken eingespart werden. Um aus der Sackgasse zu kommen, beschloss der Kantonsrat ein Time-out und vertagte die Verabschiedung des Vorschlages bis nächsten Montag.

von **Stefan Calivers**

Der Regierungsrat hatte dem Parlament ein Budget vorgelegt, das mit einem Aufwand von 3,7 Milliarden Franken mit einem Defizit von 19,8 Millionen Franken schloss. Die vorberatende Planungs- und Finanzkommission (PFK) beantragte diverse Änderungen, die zu einer Erhöhung des Fehlbetrages auf 21,3 Millionen Franken führten. Das Parlament überzog jedoch die relevante Geldfluss-Schuldenbremse bis am Dienstagabend um über 4 Millionen Franken. Weil der Rat mehrheitlich kein ungesetzliches Budget beschliessen wollte, hiess er mit 84 zu 32 Stimmen einen Ordnungsantrag der FDP gut, ein Time-out zu nehmen.

FDP-Fraktionschef Andreas Moser (Luzern) sagte, damit habe die Regierung Zeit, dem Parlament Vorschläge zu unterbreiten, wie das Defizit gesenkt werden könne. Die Ratsmehrheit unterstützte das Ansinnen, auch deshalb, weil eine Ablehnung des Vorschlages und damit ein budgetloser Zustand keine Alternative sei. Finanzdirektor Marcel Schwerzmann stimmte zu. Eine Korrektur des Budgets im Promillebereich müsse bis Montag möglich sein.

CVP setzt Akzente...

Während der rechte Block aus SVP und FDP bis auf eine Ausnahme (die Liberalen waren gegen die Schliessung der Fachklasse Grafik) alle vorgeschlagenen Sparmassnahmen durchtrugen, wurden sie vom linken Block aus SP und Grünen durchwegs bekämpft. Korrekturen an der Vorlage der Regierung bzw. der PFK waren von der Haltung der CVP-Fraktion abhängig. Sie lehnte verschiedene Einsparungen in den Bereichen Familie, Bildung und Sicherheit ab und brach zusammen mit der



Der Budgetdebatte im Kantonsrat vorausgegangen waren viele Protestaktionen. Im Bild die Übergabe der Petition zur Erhaltung der Fachklasse Grafik.

Foto **ffgrafik**

Ratslinken und teilweise der GLP einige Sparvorschläge aus dem Gesamtpaket heraus (siehe Kasten unten). Bei den umstrittenen Massnahmen beim

«Wir machen inhaltliche Politik.»

Ludwig Peyer *Fraktionschef CVP*

Personal sowie im Gesundheits- und Sozialbereich hingegen stimmte die CVP mit der Ratslinken. «Wir machen inhaltliche Politik», kommentierte Fraktionschef Ludwig Peyer (Willisau) diese Haltung.

...und ertet Kritik

Gescheitert ist die CVP aber mit ihrem Vorschlag, nicht nur – wie von den CVP-Departementsvorstehern selber vorgeschlagen – im Bildungs- und im Sozialdepartement, die Personalkosten um 5 Prozent zu senken, sondern in allen fünf Departementen. Für Fraktionssprecherin Yvonne Hunkeler (Grosswangen) wäre diese «Opfersymmetrie» ein Zeichen der «Ausgewogenheit und Fairness». Auch könne damit der viel gehörten Forderung nach einer schlankeren Verwaltung nachgelebt werden. Es stehe keine parteipolitische Absicht hinter diesen Vorschlägen, so Hunkeler.

Für ihre Strategie ertete die CVP harsche Kritik aus den Fraktionen von SVP und FDP. Diese «Rasenmäherme-

thode» werde den unterschiedlichen Ausgangslagen in den Departementen nicht gerecht, monierten die übrigen Parteien einhellig. Der CVP-Vorschlag

«Die CVP spielt mit dem Feuer.»

Erich Leuenberger *Kantonsrat FDP*

schaufe neue Ungerechtigkeiten, sagte SVP-Sprecher Armin Hartmann (Schlierbach). Die übrigen Departemente hätten andere Sparmassnahmen getroffen, entscheidend sei deren Wirkung. Gleich argumentierte auch

Finanzdirektor Marcel Schwerzmann namens der Regierung.

Erich Leuenberger (FDP, Nebikon) stellte gar den Status der CVP als «staatstragende Partei» infrage. Unter dem Deckmantel der Familienpolitik verwehre sie sich Kompromissvorschlägen und spiele mit dem Feuer, weil sie die Verabschiedung eines gesetzeskonformen Budgets gefährde, kritisierte Leuenberger.

Warten bis Montag

Bis Redaktionsschluss gestern Donnerstagmittag war noch nicht bekannt, welche Massnahmen die Regierung vorschlägt, damit am Montag ein gesetzeskonformes Budget verabschiedet werden kann. Vorab sollen die Fraktionschefs informiert werden.

Korrekturen bei Bildung, Sicherheit und Informatik

Der Kantonsrat hat sich mit 79 zu 34 Stimmen gegen die Schliessung der **Fachklasse Grafik** ausgesprochen. Dieser im Vorfeld der Budgetdebatte heftig diskutierte Sparvorschlag der Regierung warf im Parlament keine hohen Wellen mehr, nachdem sich auch die Planungs- und Finanzkommission (PFK) für den Erhalt der Schule ausgesprochen hatte.

Weiter müssen die Eltern von Jugendlichen, die eine nachobligatorische Schule besuchen, **keine höheren Schulgelder** bezahlen als bislang. Gleiches gilt für den freiwilligen Musikunterricht. Gymnasial-, Berufsschul- und Sonderschullehrer müssen keine zusätzlichen Lektionen unterrichten. Mehrheitsbeschafferin war in diesen Fragen die CVP, zusammen mit der Ratslinken. «Wir wehren uns konsequent gegen zusätzliche Belastungen von Familien und Mittelstand», begründete Inge Lichtsteiner-Achermann (Egolzwil) die Strategie ihrer Fraktion.

Eine andere Haltung vertrat die CVP bei den sogenannten **Zwangsferien an Gymnasien und Berufsschulen**, die das Budget total um 4 Millionen Franken entlasten. Hier stimmte die CVP mit SVP und FDP. Das Schuljahr wird somit im Jahr 2016 um eine Woche verkürzt. Adrian Nussbaum (CVP,

Hochdorf) war aber nicht sehr wohl bei der Sache. Bei den Schulstunden dürfte eigentlich nicht gespart werden, sagt er. Weil ausserordentliche Situationen aber ausserordentliche Massnahmen verlangten, unterstütze die CVP aber die Zwangsferien. Die Gegenargumente von GLP, SP und Grünen blieben somit unerhört. Der Arbeitseinsatz der Lehrer bleibe bei einer Verkürzung des Schuljahres um eine Woche dieselbe, sagte Monique Frey (Grüne, Emmen). Andy Schneider (SP, Rothenburg) sagte, die Zeche müsse von den Schülern bezahlt werden. Auch die Motivation der Lehrer werde strapaziert. Und GLP-Sprecher Markus Baumann bezeichnete die Massnahme als «weder nachhaltig, noch sinnvoll». Finanzdirektor Marcel Schwerzmann wies darauf hin, dass die zusätzliche Ferienwoche auf ein Jahr begrenzt werde. Dann sei der Pensienüberhang bei der Lehrerschaft abgebaut.

Verschiedene Korrekturen beschloss der Rat mit den Stimmen von Mitte-Links auch beim Thema Sicherheit. So werden die **Patrouillendienste der Polizei** nicht um 1,4 Millionen Franken gekürzt. Der Rat wies die von der Regierung beantragte Budgetkürzung mit 59 zu 53 Stimmen ab. Gianmarco Helfenstein (CVP, Luzern) sprach von einem fahrlässigen Abbau, der im Wi-

derspruch zur beschlossenen Aufstockung der Polizeistellen stehe. Ylfete Fanaj (SP, Luzern) sagte, die Sicherheit sei ein wichtiges Anliegen der Bevölkerung. Und Hans Stutz (Grüne, Luzern) wies darauf hin, dass sich die Interventionszeit stark erhöhen würde, was insbesondere für die ländlichen Gebiete nachteilig wäre. SVP, FDP und GLP beharrten vergeblich auf der Kürzung. Sicherheit werde nicht in erster Linie mit polizeilicher Repression und Präsenz erzielt, sagte Samuel Odermatt (GLP, Sursee). Und SVP-Sprecher Armin Hartmann (Schlierbach) konstatierte: «Das Niveau der Sicherheit im Kanton Luzern ist hoch.» Alle müssten einen Sparbeitrag leisten. Die SVP sei konsequent und stimme «schweren Herzens» auch dieser Massnahme zu.

Noch knapper, mit 58 zu 56 Stimmen, entschied das Parlament, dass bei der **Bewachung der Gerichtsverhandlungen und der Kantonsratsessionen** nicht gespart werden solle. Michael Töngi (Grüne, Kriens) erinnerte an den Ursprung dieser Massnahmen: das Attentat auf den Zuger Kantonsrat im Jahr 2001. CVP-Sprecher Gianmarco Helfenstein (Luzern) sprach von einem sehr sensiblen Bereich, wo Sparen ein riskantes Spiel wäre. Demgegenüber befand Rolf Born (FDP, Emmen), dass aktuell «tiefer Frieden»

herrsche und keine akute Gefahr bestehe.

Sparen muss hingegen die **Dienststelle Informatik**. Der Rat kürzte auf Antrag der CVP das Personalbudget um 1 Million Franken. Es gelte die Informatikausgaben zu überprüfen und vorerst keine weiteren Stellen zu bewilligen, forderte Inge Lichtsteiner-Achermann (CVP, Egolzwil). Zunächst müssten die Projekte definiert und erst dann die Stellen geschaffen werden. Unterstützt wurde die CVP von der SVP: Die Informatikabteilung sei eine Black Box. Sie müsse ihre Projekte priorisieren. Finanzdirektor Schwerzmann wehrte sich vergeblich gegen die Kürzung mit dem Hinweis, dass die Schulen die Hauptbezügler der Informatikleistungen seien.

Nicht aufs Eis gelegt wird die Planung an der **Zentralisierung der Luzerner Kantonsverwaltung** in einem Neubau am Seetalplatz. Dies hat der Kantonsrat mit 79 zu 34 Stimmen entschieden. Die Bremse ziehen wollte die CVP. Guido Roos (CVP, Wolhusen) beantragte, die Planung des Verwaltungszentrums am Seetalplatz im Norden von Luzern zu sistieren und deswegen 1 Million Franken aus der Investitionsrechnung zu streichen. Das Vorhaben sei ein Luxusprojekt. Es sei falsch, beim Volk zu sparen, und für den Kan-

ton ein 150 Millionen Franken teures Vorhaben zu realisieren. Roos sagte, längerfristig sei er nicht gegen den Plan, die Verwaltung zu zentralisieren. Das Vorhaben habe jetzt aber keine Chance in einer Volksabstimmung. Finanzdirektor Marcel Schwerzmann sagte, das Vorhaben bringe dem Kanton Einsparungen von 5,7 Millionen Franken. Dies werde der Bürger sicher verstehen. Auch die übrigen Fraktionen wiesen auf die Einsparungen hin, die das Projekt bringen könne, und dass der Seetalplatz zurzeit für viel Geld neu gestaltet werde. Rolf Born (FDP, Emmen) sagte, nicht der Bau, sondern ein Verzicht wäre ein Luxus. Heute sei die Verwaltung in der Stadt auf über 30 Standorte verteilt. SP und Grüne machten überdies kritische Anmerkungen zur Schuldenbremse, die Investitionen behindere.

Ohne Chancen blieben verschiedene Anträge der SP und der Grünen, die sich gegen Einsparungen in den Bereichen **Gesundheit und Soziales** wehrten, aber auch beim Personal, bei der Denkmalpflege oder dem Datenschutz. Sie kritisierten, neben der Kürzung der Prämienverbilligung, insbesondere Sparmassnahmen zulasten von behinderten Menschen. «Aber diese haben eben keine Lobby», stellte Monique Frey (Grüne, Emmen) resigniert fest.

Stefan Calivers/sda